

# Zwischen Handlungsfähigkeit und Stagnation

## Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und ihre Tochtergesellschaft Tempelhof Projekt GmbH aus der Perspektive der Urban Governance-Debatte

### Forschungsfrage

»In welchem Verhältnis stehen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und die Tempelhof Projekt GmbH im Kontext der Entscheidung um die Gebäudenachnutzung aus der Perspektive der Urban Governance-Debatte?«

Die Analyse dieser Frage lohnt sich, da sie den Zusammenhang zweier wichtiger Schlüsselakteurinnen in den Vordergrund rückt. Denn die Senatsverwaltung ist für das Gebäude politisch zuständig und die landeseigene TP GmbH für dessen Verwaltung. Bestimmte Annahmen der Urban Governance-Debatte werden an diesem empirischen Fallbeispiel geprüft.

### Methode

Das methodische Vorgehen ist qualitativ und besteht aus deduktiven und induktiven Aspekten. Die empirischen Quellen sind zwei Expert\_inneninterviews, die je mit Vertreter\_innen der Senatsverwaltung und der TP GmbH geführt wurden. Den deduktiven Anteil stellen die Hypothesen dar, die aus der Urban Governance-Debatte abgeleitet sind. Die Daten sind, angelehnt an die Grounded Theory nach Strauss & Corbin, induktiv sowie deduktiv codiert.

### Ergebnisse

Das Fallbeispiel, also das Verhältnis zwischen der Senatsverwaltung und der TP GmbH, ist insoweit in den Kontext der „**Unternehmerischen Stadt**“ eingebettet, als dass es von massiven Sparvorgaben und von Wettbewerbsorientierung bestimmt ist.

Die Senatsverwaltung stellt eine staatliche Akteurin dar. Bei der TP GmbH handelt es sich um eine **halb-staatliche Akteurin**. Sie gehört zwar zu 100% der Geschäftsanteile dem Land Berlin, ist aber privatrechtlich als GmbH klassifiziert.

Das Fallbeispiel ist hierarchisch und somit **nicht dezentral** organisiert. Die TP GmbH wird von der Senatsverwaltung gesteuert. Zudem ist die TP GmbH bei wichtigen Entscheidungen vom Aufsichtsrat abhängig, dem der aktuelle Stadtsenator Andreas Geisel vorsitzt.

Bürger\_innen werden im Rahmen des Fallbeispiels **nicht beteiligt**.



»Es ist ein bisschen kompliziert.«

(Quelle: Interview mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, 2015)



### Theorie und Hypothesen

Die Debatte um Urban Governance geht von einer Verschiebung von Government- hin zu Governancestrukturen von Stadtpolitik aus. Klassische Governmentformen stellen hierarchische und monozentrische Steuerungsverfahren dar. Sie sind den Entwicklungen wie der Globalisierung, der Verwebung mit transnationalen Ebenen und der steigenden Komplexität der Gesellschaft nicht mehr gewachsen. Governanceformen hingegen sind horizontal und polyzentrisch. Sie leisten eine Wiedererlangung politischer Handlungsfähigkeit durch die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteur\_innen, Dezentralität und Partizipation. Sie weisen zudem Elemente der „Unternehmerischen Stadt“ auf.

#### Urban Governance

Gesteigerte Handlungsfähigkeit

„Unternehmerische Stadt“

Nichtstaatliche Akteur\_innen

Dezentralität

Partizipation

### Ergebnisse zur Handlungsfähigkeit

Die Akteurinnen sind aufgrund vieler Abstimmungsrunden in Bezug auf die **Kommunikation** handlungsfähig.

Die Handlungsfähigkeit ist jedoch bezüglich folgender Faktoren eingeschränkt:

Die Akteurinnen unterscheiden sich in ihren **Herangehensweisen und Prioritäten**. Die Senatsverwaltung setzt den Fokus auf die Finanzierung, während die TP GmbH eine das Gebäude voll ausschöpfende Nutzung als zentral erachtet.

Die **politische Relevanz** wird von der TP GmbH höher eingeschätzt als von der Senatsverwaltung.

Zudem verfolgt die TP GmbH die **Vision** des Gebäudes als „lebendigen Ort“, während bei der Senatsverwaltung die „low-budget Strategie“ dominanter ist.

Die **Zuständigkeiten der TP GmbH** sind seit dem Volksentscheid im Jahr 2014 nicht geklärt und in der Schwebe.

Schließlich wird das **demokratische Prinzip der Partizipation** nicht berücksichtigt, sondern vielmehr als Störfaktor bewertet.

### Fazit

Die Annahmen der Urban Governance-Debatte treffen nur teilweise zu: Zwar ist das Fallbeispiel in den Kontext der „Unternehmerischen Stadt“ eingebettet und ist die TP GmbH als halbstaatliche Akteurin in politische Prozesse einbezogen. Jedoch handelt es sich bei dem Fallbeispiel weder um besonders dezentrale noch partizipationstärkende oder handlungsfähige Strukturen.

